

Piraten am Kreuzweg der Wissensordnung

I.

Die weltweite Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung der Wissensordnung resultiert aus Veränderungen der gesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse, denen seit Jahren unisono das – meist nicht weiter erläuterte – Attribut »revolutionär« verliehen wird. Häufig werden diese Veränderungen auf die schnelle technische Entwicklung bezogen. Oder es wird angedeutet, sie seien nicht nur als ein partieller Wandel in unserem Kommunikationsverhalten oder der ihm zugrunde liegenden technischen Formen anzusehen, sondern derart grundlegend, dass künftige Beobachter rückblickend von einer Umwälzung der Gesellschaft sprechen werden. Aber worin besteht sie? Wer sind die Subjekte dieser Revolution? Inwieweit sind wir überhaupt in der Lage, ihren gesamten Umfang zu begreifen? Und wie lässt sie sich bewerten? Wie man aus der Geschichte weiß, sind die wirklich wichtigen Revolutionen der Menschheit in ihrer vollen Bedeutung meist erst viele Jahre später begriffen worden. Dies gilt für die Entwicklung des Buchdruckes, die ja für sich genommen noch keine Revolution war, sondern Umwälzungen in der Kultur des Wissens und der Gesellschaftsstruktur auslöste. Und das ist zweifellos auch heute so. Wir sind zwar die Akteure in dieser Entwicklung, aber das heißt noch nicht, dass wir wissen, was wir tun.

Die Auseinandersetzungen um WikiLeaks, der Streit um die Verschärfung des Urheberrechts und um die zunehmende Einschränkung des freien Wissenstransfers, um die nach jeder kriminellen oder terroristischen Gewalttat neu aufgelegte Forderung konservativer Politiker nach einer Vorratsdatenspeicherung, der zunehmende Zugriff auf persönliche Daten durch private Unternehmen und staatliche Institutionen, die Entstehung einer Reihe von sozialen Bewegungen, die die Veränderungen unserer Wissenskultur und der Wissensordnung kritisch hinterfragen, die Gründung von Piratenparteien als eine Art »politischer Arm« dieser Bewegungen in mittlerweile vielen Ländern der Welt, all dies sind Indizien dafür, dass es sich offensichtlich nicht um eine *technische* Revolution handelt, die – lässt man ihr nur freien Lauf – von allein dazu führt, dass alles gut wird, sondern um ein hart umkämpftes Terrain, in dem um Hegemonie bei der Ausgestaltung dieser »Revolution« gerungen wird. Dementsprechend ist es auch noch nicht ausgemacht, wie es weitergehen wird. Prämisse der folgenden Bemerkungen ist, dass die Gesellschaft sich an einem Kreuzweg befindet, in dem es um zwei grundlegende Entscheidungen geht.

Zum einen geht es darum, ob sich mit der weiteren Entwicklung eine auf proprietären Prinzipien beruhende und der Warenform unterliegende Regulierung durchsetzen wird, die in der Kontinuität traditioneller Modellvorstellungen einer Wissensordnung der Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts steht,

gekoppelt mit dem (allerdings wohl vergeblichen, aber mit massivem Aufwand betriebenen) Versuch, dies nicht nur politisch und juristisch, sondern auch technisch abzusichern (z.B. mittels Digitalem Rechtemanagement). Die Alternative ist, dass sich die freie gemeinschaftliche Verfügung über gesellschaftliches Wissen durchsetzt, um die Netzwerkaktivisten wie beispielsweise »Free Software«, »Open Access«, »Open Data«, »Creative Commons« etc. ringen.

Des Weiteren wird sich entscheiden, ob sich die Kontrolle personen- und verhaltensbezogener Daten der Individuen durch politische oder ökonomische Machtkartelle verschärft. Oder aber – auch das ist denkbar –, ob Demokratie eine neue Bedeutung erhält, indem die Potenziale der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien dazu genutzt werden, die anonymen Systeme der Macht transparent und somit der Einwirkung der Individuen zugänglich zu machen. Wohin die Entwicklung geht, wissen wir nicht. Aber klar ist, dass sie nicht determiniert ist (weder technisch noch gesellschaftlich), sondern abhängig von politischen Auseinandersetzungen, die jetzt und in naher Zukunft geführt werden.

Betrachtet man sie genauer, fällt auf, dass viele von deren programmatischen Eckpunkten, wie freier Zugang zu Wissen und Kultur, informationelle Selbstbestimmung sowie die Wahrung der Privatsphäre und von Bürgerrechten, die als Grundpfeiler einer emanzipatorisch verstandenen Informations- oder Wissensgesellschaft verstanden werden, sich immer wieder auf die grundlegende Unterscheidung von Offenheit und Geschlossenheit im Umgang mit gesellschaftlichem Wissen beziehen. Dabei sind neben den Fragen des *Wissenszugangs* drei weitere Dimensionen zentral. 1. *Wissensproduktion*: wer ist überhaupt in der Lage welches Wissen, wann und wo zu kreieren? Welche Mittel hat er/sie hierfür zur Verfügung und welchen Einflüssen, Erlaubnissen, Verboten, Kontrollen durch staatliche oder sonstige Stellen ist er/sie dabei ausgesetzt? 2. *Wissensspeicherung*: wer entscheidet aufgrund welcher Legitimation, welches Wissen erhalten und welches dem Vergessen überantwortet wird? Welche Rolle spielt dabei ökonomische oder politische Macht? Welche materiellen und organisatorischen Formen dominieren hierbei? 3. *Wissensverbreitung*: wer hat das Recht und die Möglichkeiten, welche Art von Wissen über welche Kanäle zu verbreiten?

All diese Fragen sind aus der Wissensordnung selbst nicht allein erklärbar, sondern verweisen auf grundlegende gesellschaftsstrukturelle Faktoren, wie die Eigentumsordnung, die politischen Verfasstheit, die Rechtsordnung etc., aber auch auf diverse und sich rasch ändernde Wissenskulturen. Und sie verweisen immer auch auf Fragen der Macht (nicht allein der politischen Macht). Foucault hat die Wissensordnung als einen spezifisch historischen Raum für das, was zu wissen und zu kommunizieren möglich ist, bezeichnet. Diese Räume, von denen er spricht, beeinflussen die Art und Weise, in der die gesellschaftlichen Individuen sich als Subjekte formen. Und deshalb wird immer versucht, die Produktion dieser Diskurse zu kontrollieren, sie zu selektieren, organisieren und kanalisieren. In unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen entsteht eine Vielfalt von sozialen Kräfteverhältnissen (Foucault 1983).

Die Idee – oder vielleicht sollte man besser sagen: der Diskurs – einer freien Wissensordnung lässt das in der Gesellschaft vorherrschende Politikverständnis nicht unberührt. Mittlerweile ist die Einsicht weit verbreitet, dass es keinen privilegierten Zugang zu Wissen und Wahrheit geben kann, dass keine Person oder Institution besser, genauer oder umfassender Bescheid über das wissen kann, was in der Gesellschaft geschieht. Daraus hat sich in den letzten Jahren ein Politikverständnis entwickelt, in dem der Netzwerkgedanke Vorrang vor hierarchischen Informationsverkettungen hat. Als erfolgreiche Muster von Netzwerken gelten die Organisationsformen der freien Softwareentwicklung, der Open-Source- und Open-Access-Community sowie der Free-Culture-Bewegung, die überdies auf dem Prinzip der Beobachtung zweiter Ordnung beruhen, einem aus der Kybernetik abgeleiteten epistemologischen Prinzip, demgemäß bei der Beobachtung der Welt niemand sehen kann, was er nicht sieht, sich aber sicher sein kann, dass auch seine Auseinandersetzung mit der Welt einen »blinden Fleck« enthält. Dieses Problem ist prinzipiell unvermeidbar, lässt sich jedoch durch die konstruktive Verwendung der Beobachtungen anderer auffangen. Vielfalt von Positionen, Kritik und das Formulieren abweichender Ansichten gelten unter diesen Prämissen als Vorteil, nicht als Nachteil. Politik, die die Beobachtung zweiter Ordnung als Vorteil begreift, wird sich dementsprechend auch für die Schaffung von Korrektur-Strukturen einsetzen. Sogenannte Flaschenhalse der Information, dogmatisierte oder tabuisierte Diskurse sind einem solchen System sicherlich nicht fremd, gelten ihm aber nicht als vorteilhaft.

II.

Eine politische Partei, die wie keine andere die hier skizzierte Debatte repräsentiert, ist zweifellos die Piratenpartei, die nach ihrem sensationellen Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus bei den Landtagswahlen 2011 in der deutschen Parteienlandschaft für Irritation gesorgt hat. Bei der Bundestagswahl 2009, wo sie bereits mit 2,2% der Wählerstimmen für Aufsehen sorgte, noch als Sammlung spleeniger Nerds belächelt, als Graswurzelpartei mit ihrem angeblichen »One-Issue-Programm« als politische Eintagsfliege abgetan, hat man nun in der deutschen Öffentlichkeit registriert, dass sich die Attraktivität dieser jungen Partei keineswegs nur auf jüngere und auch nicht nur auf internetaffine Wähler beschränkt. Die politische Konkurrenz musste spätestens nach der Berliner Landtagswahl eingestehen, dass sie allein mit der Aufnahme der »Internetproblematik« in die Öffentlichkeitsarbeit, einer stärkeren Web-Präsenz, dem Einsatz von »social media« wie Twitter und Facebook in Wahlkämpfen und mit der Einrichtung einer Enquete-Kommission zur »Netzpolitik« die vermeintlich vorübergehend fremdgehenden jungen Wähler nicht hatte einfangen können.

Inwieweit sich diese Erfolgsgeschichte der Piratenpartei fortsetzen wird, lässt sich nicht voraussehen. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Entstehung der Piratenpartei ein weltweites Phänomen ist, und dass sich ihre Aktivitäten keineswegs auf »Netzpolitik« reduzieren. Man kann das Phänomen Piratenpartei nicht verstehen,

ohne den Charakter der politischen Auseinandersetzung, in deren Verlauf sie sich gegründet hat, in seiner ganzen gesellschaftspolitischen Tragweite verstanden zu haben. Denn es geht keineswegs nur um die Verteidigung von Bürgerrechten im Internet und die Artikulation einer oppositionellen Position gegenüber der aktuellen Netzpolitik der EU und ihrer Mitgliedsregierungen, sondern es geht um die grundlegende Frage, welche gesellschaftliche Wissensordnung sich in den aktuellen Auseinandersetzungen herausbilden wird und was das für die Gesellschaft insgesamt bedeutet.

Die Piratenpartei hat ihre Wurzeln im Abwehrkampf gegen eine Entwicklung, die James Boyle¹ 2003 mit dem Begriff »The Second Enclosure« umreißt, womit er auf die Umwandlung von Gemeindeland in privaten Großgrundbesitz in England während der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation² anspielt.

Die Umwandlung der »Commons« bzw. der »Allmende« in privaten Großgrundbesitz während der ursprünglichen Akkumulation bedeutete für die Betroffenen Entwurzelung, Vertreibung, Verelendung, Umwälzung ihrer gesamten Lebensweise. Die Logik des Marktes durchdrang Sozialbeziehungen aller Art, sie unterminierte und zerstörte Formen von Solidarität, die aus Gemeindeeigentum und gemeinsamer Arbeit hervorgegangen waren. Der Kapitalismus setzte sich durch. Vereinzelte Abwehrkämpfe gegen die Zerstörung der »Commons« blieben zwar erfolglos, mündeten letztlich aber in eine Bewegung ein, die eine viel weiter reichende Utopie verfolgte, die Vision einer von Unterdrückung und Ausbeutung freien Gesellschaft: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassen-gegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (MEW 4, 482)³

Es ist kein Zufall, dass Eben Moglen im Jahre 2003 an das Kommunistische Manifest, aus dem dieses Zitat stammt, anknüpft, um in einer Remix-Version deutlich zu machen, dass es nicht nur um einen Abwehrkampf gegen die »second enclosure« geht, in dem althergebrachte Rechte oder Besitzstände verteidigt werden,

-
- 1 James Boyle lehrt Rechtswissenschaft in Durham, North Carolina, und ist Mitbegründer der »Creative Commons«. Vgl. hierzu auch Lessig 2004.
 - 2 Wie Marx im *Kapital* im Kapitel über »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation« darlegt, hatte die Auflösung des Gemeindelandes bzw. der »Allmende« schon im 15. Jahrhundert eingesetzt: »Aber damals vollzog sich der Prozess als individuelle Gewalttat [der Großgrundbesitzer], wogegen die Gesetzgebung 150 Jahre vergeblich ankämpft.« (MEW 23, 752) Im 18. Jahrhundert, im Zusammenhang mit der industriellen Revolution, drehte sich der Wind, es wird »das Gesetz selbst jetzt zum Vehikel des Raubs am Volksland« (ebd.), und damit ließ »der systematisch betriebne Diebstahl des Gemeindeeigentums jene großen Pachten anschwellen, die man im 18. Jahrhundert Kapital-Pachten oder Kaufmanns-Pachten nannte, und das Landvolk als Proletariat für die Industrie »freisetzen« (753). Marx notiert: »Es war nicht nur brachliegendes, sondern oft (...) gemeinschaftlich, bebautes Land, das unter dem Vorwand der Einhegung vom angrenzenden Landlord annexiert wurde.« (754) »Die parlamentarische Form des Raubs ist die der *Bill for Inclosure of Commons*« (752). Karl Polanyi spricht in diesem Zusammenhang von einer »revolution against the poor« (1957, 315).
 - 3 Diese Utopie hat sich trotz zunächst erfolgreicher Ansätze nicht realisiert. Es ist hier nicht der Ort, über die Gründe zu diskutieren.

sondern dass sich aus der antagonistischen Formulierung des Problems gleichzeitig eine gesellschaftspolitische Utopie herauskristallisiert hat, die ich hier als *Utopie einer freien Wissensordnung* bezeichnen möchte. »A Spectre is haunting multinational capitalism – the spectre of free information. All the powers of ›globalism‹ have entered into an unholy alliance to exorcise this spectre: Microsoft and Disney, The World Trade Organization, the United States Congress and the European Commission. Where are the advocates of freedom in the new digital society who have not been decried as pirates, anarchists, communists? (...) Throughout the world the movement for free information announces the arrival of a new social structure, born of the transformation of bourgeois industrial society by the digital technology of its own invention.« (Moglen 2003)

Es sind insbesondere die Unternehmen der Unterhaltungs- und Medienbranche, die im freien Fluss von Informationen einen Angriff auf die »freie Grundordnung der Gesellschaft« zu sehen glauben und »Daten-Piraterie« in einen Topf mit organisiertem Verbrechen, Terrorismus etc. werfen. Mit markigen Werbekampagnen gingen sie diesbezüglich in die Offensive und überschütteten die Gesellschaft mit Massenanzeigen wegen Urheberrechtsverletzungen.⁴ An ihrer Seite haben sich regelrechte Verwertungsketten zwischen Rechteinhabern, Rechtsanwälten und Recherche-Unternehmen gebildet, sodass Holger Bleich (2010) in der Computer-Zeitschrift *c't* von einer organisierten »Abmahnindustrie« spricht, die es in keiner Weise irritiert, dass ihre zum großen Teil im Dunkeln liegenden Aktivitäten zur Kriminalisierung eines immer größeren Teils der Bevölkerung führen. Die Kreativen selbst, die wirklichen Urheber der Werke, um deren Rechte hier gestritten wird, sehen sich selbst in ihrer großen Mehrheit als diejenigen, die bei diesem Geschäft ohnehin leer ausgehen. Sie sehen in den Musikverlagen eine Art »Gatekeeper, die ihre Macht aus ihrer Kontrolle über die begrenzte Produktion, die knappe Sendezeit der Radios, die knappe Stellfläche in den Musikgeschäften, kurz über den Zugang zur Öffentlichkeit beziehen« (Grassmuck 2002, 74). Und diejenigen Künstler der Netzkultur, die mit Mashups, Remix und Collagen arbeiten, ein Genre, das in den vergangenen Jahren einen enormen Zuwachs erlebt hat, beklagen seit Langem die hemmende Wirkung der restriktiven Rechtsvorschriften.

III.

Soziale Bewegungen, die sich gegen die »Landnahme« im Bereich des Wissens richten, verfolgen keine einheitliche Strategie. Zum Teil sind sie bereit, die ursprüngliche Intention des Urheberrechts zu akzeptieren, Kreativität durch ausreichende Gratifikationen zu stimulieren, wenden sich jedoch gegen alle Versuche der Aufweichung oder gar Ersetzung des Urheberrechts durch neue restriktivere Gesetze, wie etwa dem »Digital Millenium Copyright Act« in den USA, ein Gesetz, das auch

4 Selbst Kindertagestätten sind seit neuestem Gegenstand von Abmahnverfahren, wenn sie Texte und Notenblätter zum Singen von Kinderliedern kopieren (www.heise.de/tp/blogs/6/148618, 27.2.2011).

großen Einfluss auf die Diskussion in der EU hat. Eine der Forderungen in diesem Zusammenhang ist beispielsweise, das Recht auf Privatkopie nicht aufzugeben, denn es liege im Interesse der Allgemeinheit. In den USA wird demgegenüber das »Fair-Use«-Prinzip ins Feld geführt, welches das Kopieren für private Zwecke – trotz seiner prinzipiellen Rechtswidrigkeit – nicht nur toleriert, sondern in einem gewissen Rahmen auch Mashups ermöglicht. Solche Mashups sind mit dem Recht auf Privatkopie hierzulande nicht abgedeckt und erfordert von deutschen Kreativen, sich die Erlaubnis zum Remixen im Voraus einzuholen. Ein nur mit Mühe und häufig gar nicht zu praktizierendes Verfahren.

Eine zweite Richtung wendet sich prinzipiell gegen das Konzept des »geistigen Eigentums«. Sie beruft sich auf den Grundsatz des »freien Wissens« als gemeinsames Erbe der Menschheit, was einen freien Zugang impliziert. Dementsprechend wird eine Ersetzung der existierenden Regelungen zum Urheberrecht durch eine den neuen Kommunikationsverhältnissen angemessene Regelung gefordert. Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk werden anerkannt, aber eine »faire Rückführung in den öffentlichen Raum« und ein »fairer Ausgleich« gefordert.⁵

Divergierende Haltungen zu privaten Verwertungsinteressen lassen sich auch an zwei unterschiedlichen Prinzipien der offenen Softwareentwicklung festmachen: an der »Freien Software« (R. Stallman) und am »Open Source«-Prinzip (E.S. Raymond). Beide Linien fordern »offenen Quellcode«, der aber für die Verfechter der Freien Software eine notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung für freien Umgang mit Wissen ist. Richard Stallman fordert die vollkommene Freigabe des Codes, wie er in der »General Public License« der Free Software Foundation definiert ist. Solange der Quellcode nur eingesehen, aber nicht verändert werden kann, öffne man proprietären Interessen Tür und Tor. Die Freiheit des Codes sei die einzige Garantie dafür, dass sich keine die freie Kooperation behindernden Eigentumsansprüche herausbilden: »For the Open Source Movement, non-free software is a suboptimal solution. For the Free Software Movement, non-free software is a social problem and free software is the solution.« (Stallman 1999) – Die Open-Source-Bewegung dagegen rückt mehr die gesellschaftliche Form, in der Software produziert wird, in den Mittelpunkt, insbesondere den Netzwerkgedanken und die sich daraus ergebenden *sozio-organisatorischen Prinzipien*, wie sie sich mittlerweile in vielfältiger Form auch außerhalb des Softwareentwicklungsbereichs herausgebildet haben.⁶ Eric Raymond spricht deshalb vom Funktionsprinzip des »Basars«, also vielen kleinen autonomen und nur über freiwillige Kooperation verbundenen Akteuren. Dieses Prinzip stellt er dem der »Kathedrale« gegenüber, einer mehr oder weniger hierarchisch organisierten Form der Produktion.

Im Politikverständnis der Piratenpartei lassen sich deutlich die Spuren *beider* Richtungen erkennen, einschließlich der darin angelegten Kontroverse. Programmatisch gibt es keine Festlegung. Aber die Orientierung am Gemeinschaftsgedanken und

5 Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland.

6 Exemplarisch soll hier nur auf »HackSpaces«, »coworking spaces« und »FabLabs« verwiesen werden.

die Ablehnung des immer wieder von der Verwertungsindustrie ins Feld geführten, aber nirgendwo definierten oder juristisch normierten Begriffs des »geistigen Eigentums« kann als Grundkonsens der Partei angesehen werden. Dieser zentrale Orientierungspunkt widerlegt auch die oft geäußerte Meinung, die Piratenpartei sei eine auf die Internetproblematik beschränkte »One-Issue-Partei«. Die Frage einer am Gemeinschaftsgedanken orientierten versus einer proprietären Prinzipien folgenden und an monetären Interessen ausgerichteten Politik stellt sich ja nicht nur in diesem Bereich. Was wir gegenwärtig erleben, ist der Versuch, die Warenform in alle Bereiche von »Natur und Gesellschaft voranzutreiben. Uralte Pflanzen- und Saatgutkenntnisse werden vom Kapital angeeignet, Teile des menschlichen Genoms patentiert, universitäre Forschung dem Profitstreben untergeordnet.« (Jessop 2004, 1287) Der Kapitalzugriff auf gesellschaftliche Infrastrukturen (Eisenbahnen, Autobahnen, Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung) hat in allen europäischen Ländern zu heftigen Auseinandersetzungen geführt.⁷ Damit verknüpfbar sind, so David Bollier (2003), die Kämpfe gegen die auf »kommerzielle Monokultur« hinauslaufende »marktgetriebene Einhegung [...] informationeller und kultureller Commons«: »sie zum Thema zu machen, hilft uns, einen neuen Dialog zu initiieren und eine breite Bewegung aufzubauen, die den uns allen gehörenden Reichtum (common wealth) verteidigt«.

IV.

Das Misstrauen, mit dem viele Netzaktivisten staatliches Eingreifen in Belange des Internets betrachten, wird von der Piratenpartei geteilt und teilweise generalisiert. Die Verteidigung bürgerlicher Freiheitsrechte – ob im Netz oder sonst wo – wurde zum zweiten großen Programmpunkt. Auch hier steht zunächst eine Verteidigungsposition im Vordergrund, die aber verbunden ist mit in die Zukunft gerichteten Vorstellungen über das Verhältnis von Staatsbürger und Staat.

Verteidigungspositionen sind in Stellung gebracht worden gegenüber den Plänen der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung, zu Internetsperren, zum ACTA-Abkommen, zum »Elektronischen Entgeltnachweis« (ELENA), zum SWIFT-Abkommen der EU mit den USA u.a.m. In allen Fällen wird die massenhafte Speicherung von Daten durch staatliche Behörden kritisiert, da sie mit Hilfe moderner Data-Mining-Verfahren zur Erstellung unterschiedlichster Profile von einzelnen Personen oder Gruppen auswertbar und zu weitreichender Kontrolle des einzelnen Bürgers verwendbar sind. Bei (fast) allem, was Menschen tun, werden Daten erzeugt. Teils geschieht dies freiwillig (bspw. in den diversen Social-Web-Anwendungen), teils unfreiwillig (bspw. Video-Aufzeichnungen oder Internet-Logfiles). Data-Mining-Verfahren ermöglichen es, einmal erhobene Daten mit relativ geringem Aufwand in von ihrem ursprünglichen Entstehungskontext abweichende Zusammen-

7 »Ausverkauft. Wie das Gemeinwohl zur Privatsache wird«, Edition *Le Monde Diplomatique* 2009, Sonderheft No. 6.

hänge zu bringen. Doch was in bestimmten Anwendungsfeldern sinnvoll ist (z.B. zur Einschätzung komplexer Wechselwirkungen im Hinblick auf Strategien nachhaltiger Entwicklung), kann zur Aushebelung von informationeller Selbstbestimmung und Machtmissbrauch genutzt werden. Die Individuen werden mit – häufig lange zurückreichenden – Ereignissen konfrontiert, die ihnen in bestimmten Situationen Nachteile bringen können. Die Möglichkeit, Daten in einer vom handelnden Individuum nicht intendierten Weise zu nutzen und Personen auf vergangenes Handeln festzulegen, trägt dazu bei, das Machtgefälle zwischen den betroffenen Individuen und den staatlichen oder privaten Kontrollinstanzen zu vergrößern.

Die Betonung der Bürgerrechte gegenüber staatlichen Kontrollversuchen hat der Piratenpartei den Ruf eingebracht, eine »liberale« Partei zu sein. Wenn damit die bedingungslose Verteidigung demokratischer Freiheitsrechte, die Verteidigung informationeller Selbstbestimmung und die Hervorhebung zivilgesellschaftlicher Selbststeuerung gemeint ist, wird dem kaum ein Pirat widersprechen. Wer jedoch diese Partei als eine Art »Ersatz-FDP« bezeichnet (Novak 2011), der hat sich nicht die Mühe gemacht, den Konflikt zu verstehen, um den es geht: weder will sie einer liberalen Wirtschaftsordnung das Wort reden, noch will sie die Tür der politischen Institutionen dem Einfluss von Lobbyisten und Wirtschaftsverbänden öffnen. Im Gegenteil: dieser Einfluss soll durch basisdemokratische Elemente zurückgedrängt werden.

Die Orientierung an den »Commons« bei gleichzeitiger Betonung individueller Freiheit gegenüber den staatlichen Institutionen für einen unrealistischen Spagat zu halten, verweist auf ein Denken, das sich gesellschaftliche Steuerung nicht anders vorstellen kann, als über hierarchisch aufgebaute und mehr oder weniger zentralistisch operierende Planungsinstanzen. In der bürgerlichen Gesellschaft hat sich bekanntlich der Staat als eine solche Möglichkeit herausgebildet. Dass dies aber für eine zukünftige Gesellschaft nicht so sein muss, ist kein Geheimnis. In dieser Hinsicht outen sich die Piraten als eine post-strukturalistische Partei.

Es gehört zu den Prämissen ihres Handelns, dass die Selbststeuerung sozialer Systeme, in der die Interessen des Einzelnen zur Geltung kommen sollen, verbunden ist mit der Ablehnung von Organisationskonzepten, in denen bestimmte Organe für sich in Anspruch nehmen, genauer, fundierter oder umfangreicher wissen zu können, was in der Welt passiert und wie darauf zu reagieren sei. Parteiorganen wird lediglich der Anspruch auf eine andere Form der Beobachtung zugestanden, auf andere Präferenzen für das, was als wichtig oder unwichtig gehalten wird, als vorrangig oder nachrangig. Und im Ringen um die richtige politische Strategie bleibt dann nichts anderes übrig, als diese besonderen Formen der Beobachtung aufeinander zu beziehen und danach zu fragen, wie, d.h. mit welchen Theorien, Methoden, Codes usw. die unterschiedlichen Akteure den betreffenden Gegenstand oder Sachverhalt beobachten. Dieses Prinzip, das sich aufs oben erwähnte Konzept der »Beobachtung zweiter Ordnung« stützt, impliziert Transparenz und Partizipation.

Erforderlich ist die Bereitschaft jedes Funktionsträgers, sein politisches Handeln der vollständigen Beobachtung aller anderen auszusetzen. Auf diese Weise soll einerseits das Individuum gegenüber Machtausübung durch das Kollektiv gestärkt

und umgekehrt das Kollektiv gegenüber möglichen Manipulationsversuchen durch bestimmte Individuen geschützt werden. Das Attribut »innerparteilich« schließt dabei die Partizipation von außerhalb der Partei stehenden Personen nicht aus. Alle Diskussionsforen, Mailinglisten, Parteikonferenzen u.a.m. sind öffentlich. Das Wiki der Partei ist für jeden einsehbar, und nur in wenigen hochsensiblen Bereichen sind die Schreibrechte für Mitglieder reserviert.

Mit der Einführung des »Liquid-Feedback«-Systems hat die Partei einen in dieser Größenordnung bislang einmaligen Schritt zur Umsetzung neuer Formen direkter Demokratie in der Informationsgesellschaft unternommen. Das elektronische Diskussions- und Abstimmungssystem, in das sich jedes Mitglied mit seinem persönlichen Zugangscode einloggen kann, ermöglicht die umfassende Diskussion, Erarbeitung und Abstimmung von Vorschlägen. Dies geschieht in einer Mischform aus direkter und repräsentativer Demokratie. Jedes der ca. 15 000 Parteimitglieder kann eine Idee für einen Antrag einbringen und um die Zustimmung anderer werben. Es erfährt zudem, durch welche Änderungen seine Idee weitere Unterstützer gewinnen oder verlieren würde. Alle teilnehmenden Piraten beeinflussen die Vorschläge durch ihr Feedback, regen Änderungen an oder machen Gegenvorschläge, die wiederum dem Feedbacksystem unterliegen.

Nicht das elektronische System⁸ ist jedoch das Entscheidende. Wichtiger ist das ihm zugrunde liegende Konzept einer »Liquid Democracy«, das den Anspruch erhebt, die repräsentative parlamentarische Demokratie durch direktdemokratische Elemente zu ergänzen, sodass das politische Handeln nicht für die Dauer einer Legislaturperiode an Repräsentanten abgegeben wird, sondern in einer abgestuften Form vom Staatsbürger selbst wahrgenommen werden kann.

Das Konzept des direkten Parlamentarismus, wie es von den Piraten mit Hilfe von Liquid-Feedback gegenwärtig modellhaft umgesetzt wird, stellt allerdings zwei Prämissen unseres Parteiensystems in Frage, die seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland unhinterfragt wirksam sind, sich aber möglicherweise als historisch begrenzte Modelle erweisen könnten. Gemeint ist zum einen das Modell von Parteien, die in der Lage sind, die gemeinsamen Interessen ganzer Bevölkerungsschichten (Klassen oder gar das ganze Volk) zu repräsentieren und zum andern das Modell einer identitären Organisation, die die Vielfalt der politischen Handlungsfelder unter ein einheitliches Programm möglichst widerspruchsfrei integriert.

Literatur

Bleich, Holger, »Die Abmahn-Industrie. Wie mit dem Missbrauch des Urheberrechts Kasse gemacht wird«, in: *c't* 1/2010, 154-57

Boyle, James, »The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain«, in: *Law and Contemporary Problems*, 66. Jg., 2003, H. 1/2, 33-74, www.law.duke.edu/pd/papers/boyle.pdf

8 Die Software »Liquid-Feedback« steht unter einer Open-Source-Lizenz und ist damit auch für andere Organisationen verfügbar.

Bollier, David, »Preserving the Commons in the New Information Order«, in: Institut für Neue Kulturtechnologien / t0 (Hg.), *World-Information. Special IP Edition for the World Summit on the Information Society*, Wien 2003, 2, www.t0.or.at/wio/wsis/wio_wsis_web.pdf

Foucault, Michel, *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt/M 1983

Grassmuck, Volker, *Freie Software. Zwischen Privat und Gemeineigentum*, Bonn 2002

Jessop, Bob, »Intellektuelle Eigentumsrechte«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6/II, Hamburg 2004, 1287-96

Lessig, Lawrence, *Free Culture. How Big Media uses technology and The Law to lock down Culture and Control Creativity*, New York 2004

Moglen, Eben, »The dotCommunist Manifesto«, 2003, emoglen.law.columbia.edu/publications/dcm.html

Novak, Martin, »Die Piratenpartei lässt die Maske fallen«, in: Internationales Komitee der Vierten Internationale (Hg.), *World Socialist Web Site*, 2011, www.wsws.org/de/2011/nov2011/pira-n01.shtml

Polanyi, Karl, *The Great Transformation*, Boston 1957

Raymond, Eric S., »The Cathedral and the Bazaar«, 1997, www.catb.org/~esr/writings/cathedral-bazaar/cathedral-bazaar

Stallman, Richard, »The GNU-Manifesto«, 1985, www.gnu.org/gnu/manifesto.html

ders., »Why »Free Software« is better than »Open Source««, 1999, www.gnu.org/philosophy/free-software-for-freedom.html

Die *Gefängnishefte*-Gesamtausgabe neu aufgelegt



Antonio Gramsci *Gefängnishefte*

Paperback-Gesamtausgabe
in 10 Bänden, ca. 3600 S.
ISBN 978-3-86754-100-8
Ladenpreis: 120 € [D]

Erscheint im Mai 2012
Ab sofort vorbestellbar zum
Vormerkerpreis von 99 €
[im Inland portofrei]

Gramscis *Gefängnishefte* sind ein unentbehrliches Werkzeug politischer Theorie und Praxis. Wir wollen unsere 10-bändige Ausgabe 2012 wieder lieferbar machen: als Paperback. Um das bezahlbar anbieten zu können, brauchen wir Vorbestellungen.

»Gramsci widersetzte sich dem damals wie heute herrschenden Geschichtsobjektivismus und Wirtschaftsmaterialismus und stellte ihnen den Eigensinn kulturellen Wandels entgegen. Dazu zählen neue Lebens- und Sichtweisen, die die Welt als gemacht und damit auch veränderbar und willentlich gestaltbar erkennbar machen. Hieran gilt es anzuknüpfen – mit Blick auf Fukushima wie auch auf die weiter drohende Klimakatastrophe.« Claus Leggewie in *Blätter für deutsche und internationale Politik* (5/2011)

»Wenn es ein Charakteristikum dieses Denkens gibt, dann dass es sich allen Schablonen und Zuordnungen entzieht. Gramscis Denken ist in einem exemplarischen Sinne offen, wenn man Offenheit nicht mit Beliebigkeit und Intentionserne verwechselt.« Hans-Martin Lohmann in der *Frankfurter Rundschau*

Vorbestellungen per Post, Fax oder Mail bitte an: Argument Verlag, Iris Konopik, Glashüttenstr. 28, 20357 Hamburg, Fax 040/40180020, E-Mail: i.konopik@argument.de